

Kapitel II.3 - Notwendige gesellschaftliche Veränderungen

Ich gehe davon aus, dass globale Veränderungen wie weltweite Abrüstung auf null, gerechtere Verteilung der Reichtümer auf der Welt oder die Rettung unserer Umwelt vor immer weiterer Zerstörung nicht ohne grundlegende Veränderungen von gesellschaftlichen Strukturen möglich sind.

Solche Veränderungen lassen sich allerdings nur gegen Widerstände durchsetzen: Rüstungskonzerne werden kaum freiwillig auf ihre riesigen Gewinne verzichten. Große Konzerne werden nicht einfach auf ihre heutigen Freiheiten in der Welt verzichten, Steuern zahlen sie ohnehin nur ungerne. Die meisten Regierungen werden sich mit aller Macht gegen vernünftige Veränderungen wehren.

Dieses Kapitel wird aus drei Teilen bestehen:

- Neoliberalismus und Globalisierung
- Wer sind die einflussreichsten Kräfte in der globalen Weltwirtschaft?
- Wie kann man in diesen Prozess erfolgreich eingreifen?

Neoliberalismus und Globalisierung

Vom Neoliberalismus wird viel gesprochen, allerdings gibt es hierzu keine klare und eindeutige Definition. Deshalb verstehen darunter verschieden Menschen durchaus auch Verschiedenes. Darum möchte ich zu Beginn darlegen, was ich darunter verstehe:

- Der Staat zieht sich immer mehr aus der Kontrolle der Wirtschaft zurück. Der Prozentsatz der Ausgaben des Staates an den Gesamtausgaben in einer Volkswirtschaft geht immer weiter zurück.
- Parallel dazu werden immer mehr ehemals staatliche Unternehmen privatisiert.
- Die Unternehmen und insbesondere große Konzerne dürfen immer mehr so handeln, wie sie es belieben, die Regulierung von Behörden oder dem Staat wird immer weiter zurückgefahren.
- Gleichzeitig werden sowohl die Sozial- und Bildungsausgaben des Staates als auch die Steuern für Großverdiener immer weiter zurückgefahren.
- Im Ergebnis geht die soziale Schere in den Staaten, die so verfahren (und das sind heute leider die meisten), immer weiter auseinander.

Nach mehr als zwanzig Jahren dieses Neoliberalismus bin ich der Meinung: Dieses Konzept ist total gescheitert, die globalen Probleme werden dadurch immer größer.

Die Folgen des Neoliberalismus

Im Ergebnis dieser Politik ist vor allem eines passiert: Gerade das ganz große Kapital und die ganz großen Konzerne können sich auf dieser Welt immer ungehinderter bewegen. Es gibt überhaupt keine weltweiten Gesetze, die in irgendeiner Art und Weise festsetzen: Was darf ein Unternehmen und vor allem auch, was darf ein Unternehmen nicht. Im Gegenteil: Es werden immer mehr demokratisch überhaupt nicht legitimierte Sondergerichtsbarkeiten für Großunternehmen geschaffen, mit denen diese ganze Staaten verklagen können. Nur ein Beispiel: Vor einem solchen Gericht klagt der Energieriese Vattenfall gegen Deutschland wegen des beschlossenen Atomausstiegs und

verlangt mehr als 4 Milliarden € Schadenersatz. Gerade für nicht so reiche Staaten bedeutet das: Legt Euch bloß nicht mit großen Konzernen an, das könnte Eure Staatspleite zur Folge haben ...

Globalisierung - was ist in den letzten Jahrzehnten passiert?

Der Begriff ist sehr alt, seine Bedeutung änderte sich im Laufe der Jahre auch immer wieder. Wikipedias Definition:

Der Begriff Globalisierung bezeichnet den Vorgang, dass internationale Verflechtungen in vielen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation) zunehmen, und zwar zwischen Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten (<https://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung>).

Man kann diesen Begriff etwa auch an folgenden Erscheinungen festmachen:

- Der Handel zwischen den Staaten und Kontinenten hat immer weiter zugenommen. Voraussetzung dafür war
- eine beständige Ausweitung des Transportes zwischen Ländern und Kontinenten. Dies betraf sowohl den Luftverkehr, als auch den Transport über Wasser mit immer größeren Containerschiffen oder auch zu Lande mit immer größerer LKWs.
- Die Telefonie und insbesondere das Internet sorgten zunächst für immer mehr Kommunikationsmöglichkeiten. Dadurch konnten auch immer mehr Firmen global tätig werden und etwa per Internet weltweit werben und Verträge abschließen. Dieser Prozess wurde auch noch dadurch beschleunigt,
- dass der „Transport“ von großen Summen an „Kapital“ über das Netz innerhalb kürzester Zeiträume möglich wurde.
- Die damit einhergehende Entwicklung der Produktion nicht nur in den bisherigen Industrieländern, auch in den sogenannten Schwellenländern (China, Indien, Brasilien, ...) führte gleichzeitig zu einer immer größeren Verseuchung der Biosphäre mit Abfällen aller Art, beispielsweise auch Treibhausgasen.

Obwohl es eine ganze Reihe von internationalen Organisationen gibt, an der Spitze die UNO, verlief dieser Globalisierungsprozess allerdings weitgehend unkontrolliert. Zusammen mit der oben beschriebenen Tendenz des Neoliberalismus ergaben sich immer mehr wirtschaftliche Beziehungen in der Welt, die zu einem großen Teil von internationalen Großkonzernen und vom internationalen Großkapital gesteuert wurden. Hierfür gibt es viele Beispiele, betrachten wir einmal die Entwicklung der Textilindustrie etwas näher:

Textilien, die in den Industrieländern gekauft werden, werden nur noch zu einem kleinen Prozentsatz auch in den Industrieländern produziert. So schreibt das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<https://www.bmz.de/de/themen/textilwirtschaft/hintergrund/index.html>):

Weltweit arbeiten mehr als 60 Millionen Menschen in der Textil- und Bekleidungsbranche, die meisten von ihnen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Wirtschaftszweig ist international stark verflochten, die Lieferketten sind komplex. Der Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung ist groß. Jedoch entsprechen in manchen Ländern die Produktions- und Arbeitsbedingungen noch nicht international definierten Umwelt- und

Sozialstandards.

Der Großteil der in Deutschland verkauften Kleidung wird im Ausland hergestellt, vor allem in China und Bangladesch.

Thema: Bezahlung

Die Löhne, die in der Textilbranche gezahlt werden, reichen häufig nicht aus, um Miete, Essen, den Schulbesuch der Kinder oder eine ärztliche Versorgung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu sichern. Selbst die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne sind oft zu niedrig, um davon leben zu können. In Bangladesch erhalten ungelernete Näherinnen zum Beispiel nur einen Mindestlohn von ungefähr 50 Euro im Monat.

Nicht nur die Löhne sind miserabel, gerade aus Bangladesch sind mehrere schwere Unfälle in diesen Fabriken bekannt geworden, bei denen viele Menschen ums Leben kamen. Und weil die Löhne so schlecht sind, sehen sich viele ArbeitnehmerInnen in diesen Fabriken gezwungen, immer Überstunden zu machen und in Spitzenzeiten bis nachts um 2 oder 3 Uhr zu arbeiten, nur um das eigene Überleben zu sichern.

Diejenigen, die diesen freien Welthandel immer wieder loben, greifen zu zynischen Argumenten: Klar, diese Arbeitsbedingungen und die Löhne sind nicht gut. Aber ohne diese Globalisierung hätten die Menschen überhaupt keinen Job und es ginge ihnen noch viel schlechter.

In gewisser Hinsicht haben diese Zyniker sogar recht. Auch wenn es heute immer noch über 800 Millionen Menschen auf der Welt gibt, die hungern, so ist diese Anzahl innerhalb der letzten Jahrzehnte tatsächlich zurückgegangen. Allerdings, in den letzten Jahren steigt diese Anzahl wieder an, auch aufgrund immer neuer kriegerischer Auseinandersetzungen in der Welt. Man kann das natürlich auch so ausdrücken: Viele Menschen, die früher einfach verhungert wären, schufteten sich heute unter menschenunwürdigen Bedingungen und unter Lebensgefahr fast zu Tode, nur um so viel „Lohn“ zu erhalten, dass sie gerade so überleben können. Kann man das wirklich als großen Fortschritt feiern?

Veränderungen dieser Globalisierung zeichnen sich ab

Es erscheint heute allerdings fraglich, ob diese Entwicklung des Welthandels und der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer immer so weitergeht. Die Tendenz vieler Großkonzerne, die Produktion immer weiter in solche Länder zu verlagern, hatte ausschließlich mit den billigen Arbeitskräften zu tun. Trotz der hinzukommenden Transportkosten war dies insgesamt für viele Großkonzerne letztlich günstiger und damit profitabler. Hier bahnt sich allerdings eine Entwicklung an, die diese Tendenz zur Produktionsverlagerung in Billiglohnländer zumindest bremsen wird. Durch die neuesten Entwicklungen in der IT-Branche können in Zukunft immer mehr Produktionsschritte von Industrierobotern übernommen werden. Das wird in vielen Bereichen zu einer erneuten Verlagerung von Produktionsstätten führen und zwar immer dahin, wo die Transportwege zu den potentiellen Käufern am kleinsten sind. Die Länder der sog. Dritten Welt könnten dabei erneut benachteiligt werden. Dort ist der überwiegende Teil der Bevölkerung so arm, dass sie nicht als Käufer in Frage kommen. Im schlimmsten Fall könnte dies dazu führen, dass der Hunger in der Welt wieder größer wird, wenn Produktionsstätten in armen Ländern abgebaut werden. Einige Beispiele deuten schon auf eine solche Entwicklung hin, etwa Adidas (laut n-tv vom 24.05.2016 - <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Adidas-bald-wieder-Made-in-Germany-article17769641.html>):

Der Sportartikelhersteller Adidas bringt die Produktion wieder vor die Haustür: 23 Jahre nachdem nahezu alle konzern eigenen Fabriken in Deutschland dicht gemacht wurden, rollt das Unternehmen das Projekt "Made in Germany" neu auf. Im Herbst sollen die ersten 500 Paar auf einer Pilotanlage in Deutschland gefertigten Laufschuhe in den Handel gehen, kündigte der Konzern im mittelfränkischen Ansbach an. Vom kommenden Jahr an soll die Produktion dann in Serie gehen. Etwa eine halbe Millionen Paar Schuhe pro Jahr könnten dann in der Heimat entstehen. Bisher hatte Adidas hierzulande lediglich ein Werk in Scheinfeld, in dem hauptsächlich Fußballschuhe gefertigt werden.

Möglich wird das Projekt durch die Fortschritte bei der Automatisierung. Gefertigt werden die Schuhe fast ausschließlich von Robotern. Zusammen mit der Oechsler AG hat Adidas eine 4600 Quadratmeter große Fertigung für die kommerzielle Serienproduktion gebaut. Eine weitere Anlage ist im kommenden Jahr in den USA geplant.

Im selben Artikel wird gegen Schluss deutlich, dass andere noch viel weiterdenken:

Bei Nike in Oregon ist man allerdings überzeugt, dass neue Technologien die Branche kräftig durcheinanderwirbeln werden. Eines Tages, so prophezeite es Nike-Vorstand Eric Sprunk auf einer Konferenz im vergangenen Jahr, werde vielleicht jeder einen 3D-Drucker zu Hause haben und damit selbst zum Produzenten werden: "Wir verkaufen dann nur noch die Dateien mit dem entsprechenden Design."

Dies waren nur ein paar Beispiele. Die Veränderungen, die in der Welt anstehen, sind viel größer. Letztlich wird sich die Art, wie Menschen arbeiten und damit auch, wie sie leben, dramatisch verändern.

Zukunft der Arbeit

Glaubt man den Prognosen vieler Experten, so kann man sich auch fragen, ob die Arbeit überhaupt noch eine Zukunft hat. Ein paar Beispiele:

- Es wird mittlerweile ernsthaft daran gearbeitet, Autos zu bauen, die alleine ohne Fahrer von A nach B fahren können. LKW-Fahrer oder Taxi-Fahrer würden dann nicht mehr gebraucht.
- Viele, auch komplizierte Produkte, sollen in Zukunft automatisch hergestellt werden, indem sie einfach mit 3D-Druckern ausgedruckt werden. Das würde noch einmal viele Arbeitsplätze überflüssig machen.
- Viele Menschen arbeiten in der Verwaltung, bei Steuerberatern etc. Viele dieser Arbeitsplätze könnten in Zukunft durch intelligente Computerprogramme ersetzt werden.
- Der Job als Banker, lange Zeit ein sehr gut bezahlter und begehrter Beruf, würde nur noch in bestimmten Ausnahmefällen gebraucht.
- Möglicherweise können auch viele der Tätigkeiten, für die es heute noch SteuerberaterInnen oder RechtsanwältInnen braucht, in Zukunft durch intelligente Software ausgeübt werden.

Die Reihe solcher Beispiele lässt sich scheinbar beliebig fortsetzen. In einer Delphi-Studie kommen die beteiligten internationalen Experten insgesamt zu der Einschätzung, dass bis zum Jahr 2050 die globale Arbeitslosigkeit auf 24 % oder mehr steigen könnte (heute wird von diesen Experten von ca. 6 % ausgegangen). Die hohen Arbeitslosenzahlen, die auch heute schon in vielen Teilen der Welt und Europas vorherrschen, könnten so nur der Anfang einer Entwicklung sein, die scheinbar

unaufhaltsam voranschreitet. Kaum ein Mensch scheint sich noch sicher sein zu können, dass er seinen heutigen Job, der vielleicht sogar gut bezahlt wird, in 10 oder 20 Jahren noch ausüben kann. Jede Arbeit, die in einem definierten Regelwerk beschrieben werden kann, kann wohl in Zukunft mit Hilfe von Computer-Algorithmen an den „Kollegen“ Roboter übertragen werden.

Wenn diese ganze Entwicklung weiterhin ohne jede Kontrolle oder Steuerung weltweit voranschreitet, dann drohen noch viele andere Gefahren:

- Der Prozentsatz der Menschen, die sich abgehängt fühlen und keine Zukunftsperspektive mehr sehen, könnte in rasantem Tempo weiter zunehmen. Wahlerfolge von nationalistischen oder rechtsextremen Parteien könnten weiter zunehmen. Wenn die soziale Schere immer weiter auseinandergeht, könnten soziale Unruhen oder auch bürgerkriegsähnliche Zustände selbst in den reichen Industrieländern die bisherigen politischen Systeme zumindest dramatisch destabilisieren.
- Auch die weltweite Anzahl von Flüchtlingen könnte weiter dramatisch zunehmen, immer auf der Suche nach einem Ort in der Welt, wo mensch noch einigermaßen vernünftig leben kann.
- Wenn immer mehr Produkte immer einfacher mit Robotern produziert werden können, gleichzeitig aber der Prozentsatz von armen Menschen immer weiter zunimmt, kann es schnell zu einer Situation kommen, wo insgesamt die vielen produzierten Güter nicht mehr verkauft werden können. Große Weltwirtschaftskrisen könnten die Folge sein.

Natürlich: Die Übergabe eines großen Teiles der menschlichen Arbeit an Computer-Programme und Roboter wird wohl nicht so einfach erfolgen, wie manche Experten das vorhersagen. Aber dennoch ist dieser Trend schon jetzt deutlich zu erkennen.

Bietet die Digitalisierung nicht auch Chancen?

Viele Experten sehen die Zukunft allerdings gar nicht so düster. Die Arbeit, die durch die digitale Revolution ersetzt wird, ist doch in vielen Bereichen überhaupt keine kreative Tätigkeit von Menschen. Würden die Menschen nicht endlich frei vom Zwang zur Arbeit und könnten sich endlich frei ihren Beruf und ihre Freizeitgestaltung wählen?

Wenn man das ganz abstrakt betrachtet, unabhängig von bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systemen in der Welt, ist diese optimistische Einstellung noch nicht einmal ganz falsch. Wenn die Menschen insgesamt in der Welt immer weniger arbeiten müssen, um all die Dinge und Produkte herzustellen oder die Dienstleistungen zu erbringen, die ein Mensch zum Leben so braucht, ist das eigentlich gar nichts schlimmes. Schlimm wird es aber dann, wenn dieses weniger arbeiten müssen so aufgeteilt wird, dass ein immer größerer Teil der Menschen aus dem globalen Arbeitsmarkt herausfallen und arm wird. Und so, wie die internationale Politik heute läuft, droht genau das. Das gilt übrigens für beide Varianten von Politik, die heute im Wettstreit stehen:

- Die einen favorisieren den freien Welthandel (wofür Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP stehen). Frei bedeutet hier nur: Das große Kapital soll in allen Ländern frei agieren können, Arbeitsschutzbestimmungen, Mindestlöhne, Umweltschutzbestimmungen, das alles sind in dieser Variante nur Handelshemmnisse.
- Die nationalistische Variante, die mit Trump jetzt in den USA Einzug gehalten hat, die aber auch in Europa immer mehr Zuspruch findet (Wahlerfolge von rechts-nationalistischen Parteien

(Front National, AfD usw.); Staaten wie Polen oder Ungarn setzen mittlerweile schon als Staaten auf diese Variante. Hierbei geht es ökonomisch hauptsächlich um den Schutz des eigenen Großkapitals vor der Konkurrenz aus dem Ausland. Eine Variante, die durch eine aggressive Außenpolitik zugleich die Kriegsgefahren in der Welt weiter anheizt.

Dass sich die nationalistische Variante in letzter Zeit so durchsetzt, dürfte auch mit den sich abzeichnenden Veränderungen in der Produktionsweise zu tun haben. In einer Zeit, in der große Konzerne im internationalen Wettbewerb nur noch dann eine Chance haben werden, wenn sie in den Bereichen IT und Roboter-Technologie ganz vorne dabei sind, wünschen sich auch viele große Konzerne wieder einen Staat, der sie mit Macht in diesem Konkurrenzkampf unterstützt. Trump fegte mit einem Federstrich die Zielsetzung der USA auf Freihandelsabkommen wie TTIP (mit Europa) vom Tisch. Von den großen Konzernen der USA gab es hierzu auch kaum Widerspruch. Deutschland als amtierender Exportweltmeister hingegen setzt weiterhin auf solche Freihandelsabkommen.

Vergleich der heutigen Zeit mit der industriellen Revolution

Wie Veränderungen in der Produktionsweise negativ ablaufen können, das haben viele Menschen während der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert erleben müssen. Auch damals wurden viele Arbeitsplätze überflüssig und durch Maschinen ersetzt. Auch damals waren die sozialen Folgen für viele verheerend, es kam viele Jahre lang zu großen und teilweise gewalttätigen sozialen Auseinandersetzungen.

Die jetzt stattfindende „digitale“ Revolution kann in ihren Folgen noch viel gravierender werden als die damalige industrielle Revolution:

- Verglichen mit dem Tempo von damals setzt sich diese digitale Revolution mit einer um ein Vielfaches höheren Geschwindigkeit durch. Zugleich ist sie viel umfassender, da sie tatsächlich fast alle Bereiche von Produktion und Dienstleistung betrifft.
- Die digitale Revolution betrifft nicht nur die am weitesten entwickelten Länder der Welt. Schon jetzt ist durch diese Entwicklung die gesamte Welt in hohem Maße miteinander vernetzt. Die digitale Revolution hat große Auswirkungen auf alle Länder.

Das größte Problem an dieser digitalen Revolution besteht darin, dass sie vollkommen ungesteuert abläuft. Klar, große Konzerne oder die Akteure des Weltfinanzwesens versuchen, diese Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Da es diesen aber in der Hauptsache um die eigenen Profite, die eigenen Marktanteile oder die eigene Macht in einer globalisierten Welt geht, kommt dabei für die übergroße Mehrheit der Menschen mit Sicherheit nichts Gutes heraus. Im Gegenteil: Die zu befürchtende dramatisch ansteigende Arbeitslosigkeit wird immer weiter dazu genutzt werden, die Lebensbedingungen und Einkommen auch der Menschen zu verschlechtern, die noch einen Job haben.

Auch von der überwiegenden Mehrheit der Regierungen auf dieser Welt ist keine Lösung der sich abzeichnenden Probleme zu erwarten. Hier überwiegen nationaler Egoismus (meist nur, um die Reichen im eigenen Land zu schützen) und die Versuche, die Macht im eigenen Land abzusichern. Keinesfalls aber Versuche, die Welt in eine umzuwandeln, in der es allen Menschen gut geht.

Die digitale Revolution kann aber nicht nur ArbeitnehmerInnen in Scharen in die Arbeitslosigkeit und Armut verbannen. Auch große Weltkonzerne könnten, falls sie die Entwicklung verschlafen, sehr schnell zu kleinen Randfirmen dahinschmelzen oder ganz verschwinden.

Ein Beispiel hierfür könnte die Automobilindustrie werden. In den großen Konzernen wie General Motors, VW oder Toyota hat nach wie vor das alte Schema Vorrang - eine neue Produktpalette mit einigen Neuerungen planen, produzieren und mit riesigem Werbeaufwand verkaufen und dabei hoffen, dass der eigene Marktanteil auf dem Weltmarkt steigt. Währenddessen wird in den Labors und Garagen im Silicon Valley bereits mit Hochdruck am fahrerlosen Auto der Zukunft gearbeitet. Immer häufiger kann man diese Fahrzeuge dort schon jetzt auf Testfahrten durch die Straßen sehen. Selbstverständlich sollen diese Autos dann, wenn sie reif für die Serienproduktion sind, vollautomatisiert und computergesteuert zusammengebaut werden. Dann könnten in der Tat diejenigen großen Automobilkonzerne, die diese Entwicklung verschlafen, ganz schnell überflüssig werden und verschwinden.

Was möglich wird, haben wir in den letzten Jahren an einigen Beispielen schon gesehen: Wer kannte vor 20 Jahren heutige Weltkonzerne wie Google, Facebook, Uber oder Airbnb? Gerade im amerikanischen Silicon Valley hat sich eine sehr aggressive Marktphilosophie durchgesetzt: Wenn du eine gute Idee hast und Dich damit selbständig machen willst, dann muss folgendes Dein Ziel sein: Innerhalb der nächsten zehn Jahre musst Du Kunden in der ganzen Welt haben, und zwar nicht nur Millionen, nein es müssen schon Milliarden sein. Wenn Du mit Deiner Expansion nicht schnell genug bist, werden andere mit Deiner oder einer ähnlichen Idee Dir diesen Markt wegnehmen. Am Beispiel Nokia hat man überdies gesehen, wie schnell ein scheinbar unanfechtbarer Weltkonzern (ehemals **die** Marke für die Herstellung von Handys) in der Bedeutungslosigkeit verschwinden kann (weil man die Entwicklung der Smartphones verschlafen hatte).

Es ist mittlerweile mehr als 150 Jahre her, seit Karl Marx seine Gesetze zur Akkumulation des Kapitals aufgestellt hat. Auch wenn diese vom Kern her bis heute gültig sind, hat sich doch einiges verändert. Während früher das Kapital doch noch sehr stark an einzelne Konzerne oder Unternehmen gebunden war, ist es heute in großem Maße flüssig geworden. Es kann sich sowohl in schnellen Gewinn versprechenden Spekulation an den Börsen anlegen oder auch in neuen Geschäftsideen, die innerhalb kürzester Zeit riesige Profite versprechen. Fähige Ingenieure in großen Konzernen haben heute große Probleme damit, die Geschäftsleitung von einer neuen Idee zu überzeugen. Die Frage lautet dann meist: Wieviel kostet das, wie lange dauert es bis zur Serienreife und wieviel Profit springt dann dabei heraus. Muss so ein Ingenieur dann eingestehen, dass es bis zur Serienreife wohl zehn Jahre dauern wird und der erwartete Gewinn pro Jahr gerade einmal bei 10 % liegen wird, dann hat er meist keine Chance. Schließlich kann Kapital sich woanders sehr viel schneller und erfolgreicher verwerten. Auch das Kapital aus Großkonzernen wird heute immer mehr außerhalb des eigenen Unternehmens angelegt (z.B. an den Börsen), anstatt es in Forschung und Entwicklung im eigenen Konzern anzulegen.

Kurz: Kapital ist heute sehr viel flüssiger geworden, der größte Teil kann sich heute überall anlegen und verwerten, ob mit immer neuen Trading-Systemen an den Börsen oder eben durch die Investition in neue Geschäftsideen im Silicon Valley. Dabei kann das Kapital durchaus spendabel sein. Klingt eine neue Geschäftsidee gut und erfolgversprechend, werden auch für kleine, junge Neueinsteiger durchaus mal ein paar Millionen lockergemacht (die sogenannten Start-Ups). Auch wenn nur aus einer von zehn dieser Ideen etwas wird, diese eine vermehrt das eingesetzte Kapital dann in der Regel um einen Faktor, der die neun erfolglosen Investments dann schnell vergessen lässt. In

gewisser Hinsicht verwirklicht sich im Silicon Valley der amerikanische Traum. Wenn Du eine richtig gute Idee hast, hartnäckig dafür wirbst und kämpfst, dann kannst Du ganz groß rauskommen. Du musst halt nur den Geldgeber finden - wofür es dort eigene Werbeveranstaltungen gibt. Natürlich ist die andere Wahrheit auch, dass die allermeisten, die es dort versuchen, keinen Erfolg haben.

Deshalb herrscht im Silicon Valley momentan so etwas wie eine Goldgräberstimmung. Computer-genies und kreative Geister mit den verrücktesten Geschäftsideen zieht es in dieses Tal, alle mit der Hoffnung, innerhalb kürzester Zeit ganz groß rauszukommen und natürlich: Stinkreich zu werden. Bei dieser Gier nach Erfolg, Macht und Reichtum bleibt natürlich die Frage, ob das alles für die Menschen auf der Welt nützlich und sinnvoll ist, auf der Strecke. Wer den schnellen Erfolg will muss natürlich auch bereit sein, über Leichen zu gehen. So ist bekannt, dass Uber mit seinem Taxi-Imperium nicht nur dafür sorgt, viele Taxifahrer in der Welt arbeitslos zu machen. Die eigenen Fahrer werden sehr schlecht bezahlt, der Chef meint dazu nur: Sollen sie doch froh sein, dass sie überhaupt noch einen Job haben, in 20 Jahren fahren die Autos alleine, dann werden die sowieso nicht mehr gebraucht. Aber immerhin: In einigen Ländern - auch in Deutschland - hat sich gegen diese aggressive Firmenpolitik von Uber zumindest kurzfristig erfolgreich Widerstand formiert.

Ein Konzern wie Amazon (selbes Muster, wenn auch nicht aus dem Silicon Valley) kämpft z.B. mit aller Kraft dafür, dass die eigenen Mitarbeiter in Deutschland in einer niedrigen Tarifgruppe eingruppiert werden, natürlich für den eigenen Profit. Dienste wie Google oder Facebook bieten ihre Leistungen umsonst an, haben dafür aber etwas anzubieten. Alle möglichen Daten von Menschen weltweit, die für alle Investoren bares Geld wert sein können. Wer bei solchen Konzernen noch von Datenschutz redet, ist einfach nur ein Träumer. Darüber hinaus sind immer mehr Firmen darauf angewiesen, dass sie bei Suchanfragen in **der** Suchmaschine im Web - Google - immer mit ganz oben zu finden sind. Diesen Dienst allerdings lässt sich Google gut bezahlen.

Fazit: Mit der digitalen Revolution stehen uns in jedem Fall große Änderungen in historisch sehr kurzer Zeit bevor. Dagegen war die damalige industrielle Revolution möglicherweise nur eine Kleinigkeit. In diesen Veränderungen stecken durchaus viele Möglichkeiten, das Leben für alle Menschen auf unserem Planeten einfacher und angenehmer zu machen. Wird die schon begonnene Entwicklung allerdings ohne jede Kontrolle einfach fortgesetzt, dann droht folgendes: Ein sehr kleiner Prozentsatz der Menschen auf der Welt wird dabei unsagbar reich, während ein großer Teil der Menschen auf der Strecke bleiben wird.

In der damaligen industriellen Revolution kam es zu großen sozialen Problemen, viele Menschen mitten in Europa fielen in Armut. Es dauerte lange Zeit, bis sich eine Arbeiterbewegung gebildet hatte, die stark genug war, um wenigstens an den schlimmsten sozialen Auswirkungen etwas zu verändern und so etwas wie Arbeiterrechte durchsetzen konnte.

In dieser Entwicklung ist die Wahl zwischen den durch Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP vorgeschlagenen Weg dem etwa von Trump favorisierten zurück zum Nationalismus (America first) nichts als die Wahl zwischen Pest und Cholera. Beiden Varianten geht es letztlich nur darum, den Profitinteressen großer Konzerne zu dienen. Die einen übergreifend in einer „freien“ Welt, den anderen national, für die im eigenen Land angesiedelten Großkonzerne. In beiden Varianten ist letztlich die Frage, wie es in dieser Welt für die Mehrheit der Menschen und auch für alle anderen Lebensformen weitergehen soll, höchstens ein Randthema.

Wie entwickelt sich das Ganze weiter?

Versteht man unter Globalisierung, dass sich die Zusammenhänge zwischen den Menschen auf unserem Globus immer weiter ausdehnen, so wird sich das sicher weiterentwickeln, allein durch die Möglichkeiten der Digitalisierung.

- Über das Internet sind heute Menschen miteinander verbunden, die vor einiger Zeit noch überhaupt keine Chance gehabt hätten, überhaupt miteinander in Kontakt zu treten. Diese Entwicklung ist noch lange nicht am Ende. Das heißt aber nicht, dass hier alles positiv zu bewerten ist (siehe z.B. die Auseinandersetzungen über Fake-News).
- Wenn in einem Teil der Welt beschlossen wird, die Stromproduktion über Kohle- und Gasverbrennung wieder auszuweiten (wie gegenwärtig in den USA), so hat das letztlich Auswirkungen für alle Menschen der Erde. Die Auswirkungen der Klimakatastrophe sind dabei für die armen Entwicklungsländer dieser Welt (zumeist rund um den Äquator gelegen) noch viel deutlicher zu spüren als in den Regionen der reichen Industriestaaten.
- Menschen wissen heute mehr voneinander. So können Menschen aus armen Ländern via Handy quasi Live sehen, dass es Menschen woanders in der Welt viel besser geht. Auch hierin ist eine Quelle der heutigen Flüchtlingsbewegungen zu sehen.

Ob der globale Welthandel sich immer weiter ausweitet oder ob sich letztlich wieder nationalistische oder protektionistische Tendenzen durchsetzen, das ist hingegen noch nicht entschieden.

Was es allerdings noch nicht gibt. Verbindliche Regeln für das Zusammenleben der Menschen und Völker auf unserem Planeten. Sicher, von Seiten der UNO ist hier vieles geschrieben worden, manches bestimmt auch sinnvoll. An solche Regeln halten sich nur diejenigen Regierungen, die das auch gut finden, andere eben nicht. Weltmächte wie die USA, Russland oder China weisen es weit von sich, dass sie sich irgendeiner internationalen Gerichtsbarkeit unterwerfen sollen. Die meisten Regierungen und die VertreterInnen des Groß- oder Finanzkapitals wehren sich gegen feste Regeln, die gleichermaßen weltweit für alle gelten sollen.

Wer sind die einflussreichsten Kräfte in der globalen Weltwirtschaft?

Wenn man heute vom Kapitalismus spricht, so muss man sich auch mit den Entwicklungen befassen, die dieser Kapitalismus genommen hat. Es gab schon immer einen Unterschied zwischen Kapital, das sich in Firmen oder großen Konzernen anlegt und verwertet hat und dem Finanzkapital. Ursprünglich entstand dieses Finanzkapital aus den Banken. Menschen konnten ihr Geld (das galt auch für Kleinverdiener) bei Banken anlegen und erhielten dafür einen bescheidenen Zins. Gleichzeitig wurde Geld verliehen (zumeist an Firmen und Konzerne, aber auch an Häuslebauer), die Geld benötigten. Dieser Zins für den Verleih war höher, so konnten Banken Gewinne machen.

Kapital war schon immer gierig nach optimaler Verwertung. Aus dem eingesetzten Kapital sollte möglichst schnell sehr viel mehr Kapital werden. Zugleich waren die Menschen, die dieses Kapital besaßen oder angelegtes Kapital in Händen hatten schon immer sehr machthungrig. Das Geld, das man besaß oder nur geliehen bekam, konnte dazu benutzt werden, um auf die Entwicklung (der Politik, der Wirtschaft) Einfluss zu nehmen. Den Banken reichte der Gewinn aus der Differenz von geliehenem und verliehenem Geld als Gewinn letztlich aber niemals aus. Sie legten Geld, das sie geliehen bekamen, in viel riskanteren Geschäften (z.B. an den Börsen) oder verliehen Geld auch in sehr riskante Investitionen, weil das einfach sehr viel mehr Gewinn versprach (was dann eben zu

den bekannten Banken Krisen führen kann).

Aber auch die Einflussnahme mit dem verwalteten Geld funktionierte prächtig. Während der normale Sparer nur einen Mini Zins bekam (oder heute auch mal gar keinen mehr), konnten auch Kleinanleger bei den Banken Aktien kaufen. Jeder, der Aktien besitzt, hat vom Prinzip her ein Stimmrecht bei den Aufsichtsratssitzungen der meisten Aktiengesellschaften (bei manchen Vorzugsaktien ist dieses Stimmrecht ausgeschlossen). Die Stimme zählt allerdings nicht pro Person, sondern pro Anzahl der Aktien, die man besitzt. So verzichteten die allermeisten Kleinanleger auf ihr Stimmrecht (sie hatten ja mit ihren kleinen Anteilen sowieso nichts zu sagen). Dieses Stimmrecht ging dann vielfach mehr oder weniger automatisch auf die Banken über. Mit diesen vielen Kleinststimmrechten zusammen hatten dann zumindest große Banken auf den Aufsichtsratssitzungen vieler Aktiengesellschaften einen nicht unerheblichen Einfluss. Das muss man sich wirklich einmal klarmachen. Banken konnten mit Geld, das sie überhaupt nicht besaßen, massiven Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft und damit auch auf die Politik nehmen.

Aber diese Geschichte hat sich in den letzten Jahren noch dramatisch weiter entwickelt. Ich entnehme die folgenden Gedanken in Kurzzusammenfassung dem Buch „Web gehört die Welt - Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus“ von Hans-Jürgen Jakobs. Der Autor hat lange Zeit für das Handelsblatt gearbeitet, auch ein großer Anteil seiner Mitarbeiter an diesem Buch wahr oder ist bei dieser Zeitung beschäftigt. Also Leute, die eine ganze Menge vom Kapitalismus heute verstehen. Schon der Text auf der Rückseite des Buchumschlages lässt aufhorchen:

Die 200 mächtigsten Akteure des Weltfinanzwesens, die hier im Porträt vorgestellt werden, versammeln mehr als 40 Billionen US-Dollar - das sind 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt oder fast Dreifache der Wirtschaftsleistung der EU. Das Gesamtbild dieses neuen Kapitalismus ist bedrohlich: Denn die nächste große Krise wird vom „grauen“ Kapitalmarkt und den „Schattenbanken“ ausgehen, die in der Gier nach Renditen unregelt und ungezügelt wachsen.

Diese mächtigsten Akteure des Weltfinanzwesens werden in diesem Buch in akribischer Kleinarbeit vorgestellt. Hierbei hat sich in diesem Finanzwesen spätestens seit dem großen Banken-Crash (2007/2008) ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Insbesondere in den USA, abgeschwächt auch in Europa, wurden den Banken strengere Regeln auferlegt. Sie sollten nicht wieder einen großen Teil ihres ihnen geliehenen Geldes in hochriskante Geschäfte investieren können, ohne hierfür entsprechende Sicherheiten zu hinterlegen. Während die Regeln innerhalb der EU eher schwach ausfielen, sah das in den USA schon anders aus. Regeln und Regularien, das ist genau das, was das Finanzkapital hasst, in seiner ewigen Gier nach größter Kapitalverwertung. So bildete sich dann ziemlich schnell ein neues Reich, das Reich der „Schattenbanken“, oder auch der Markt des Blackrock-Kapitalismus, wie Jakobs das nennt.

Das beste Beispiel für diesen Kapitalismus bildet laut Jakobs die Firma Blackrock, die ein gewisser Larry Fink leitet. Die meisten Menschen auf der Welt kennen weder diese Firma noch Larry Fink. Solche Firmen handeln eher im Dunkeln, daher auch der Begriff Schattenbanken. 2016 verwaltete diese Firma 4,9 Billionen Dollar.

Ein großer Teil dieses Geldes gehört dieser Firma gar nicht, sie verwaltet es nur. In Zeiten, in denen Banken ihren Anlegern kaum noch Zinsen zahlen, lautet das Zauberwort auch für viele Kleinanleger, die etwas für ihre spätere Rente tun wollen, ETFs. ETFs sind Papiere, die in ihrem Kursverlauf große Aktienindizes nachbilden. Da gibt es Papiere auf den deutschen DAX, natürlich auf die

Indizes in den USA (Dow Jones oder NASDAQ) und viele mehr. Das Lockmittel für Kleinanleger lautet wie folgt:

An den Börsen gibt es natürlich immer ein Auf- und Ab. Große Indizes aber kennen zumindest langfristig nur einen Weg, den nach oben. Wer also sein Geld in regelmäßigen Zahlungen in einen solchen ETF anlegt, wird in einem längeren Zeitraum damit gute Gewinne machen, jedenfalls mehr, als wenn er sein Geld in Banken oder Staatsanleihen anlegt. Viele Kleinanleger sind diesem Ruf auch gefolgt, die ETFs von Larry Fink sind gefragt.

Im Normalfall hat das bisher auch gestimmt, allerdings gibt es auch Ausnahmen: So hatte der Tokioter Aktienindex NIKKEI sein Allzeithoch am 29. Dezember 1989 bei einem Kurs von 38.915,87 Punkten auf Schlusskursbasis. Es folgte der Crash, von der der NIKKEI sich bis heute nicht einmal in Ansätzen erholt hat. Am 02.05.2017 notierte er gerade einmal bei 19.445,70 Punkten. Also, so sicher ist das mit dem Gewinn bei einer langfristigen Anlage dann wohl doch nicht.

Wie dem auch sei, wenn Fink den Käufern seiner ETFs die versprochene Wertentwicklung des jeweiligen Index liefern will, dann muss er von dem eingezahlten Geld eben auch Aktien in dem jeweiligen Index kaufen. Diese Art der Investition nennt Fink passives Invest. Passiv deshalb, weil er sich die Aktien dann nicht nach eigenem Gutdünken aussuchen kann, er muss einen gesamten Index nachbilden. Geld verdient Blackrock dabei natürlich auch, indem man sich den Kauf der ETFs mittels Gebühren bezahlen lässt.

Auf diese Art und Weise ist Fink mittlerweile Großaktionär bei vielen großen Aktiengesellschaften weltweit. Und als Großaktionär hat er natürlich bei allen Entscheidungen, die in großen Konzernzentralen getroffen werden, ein gehöriges Wörtchen mitzureden. Da sein Einfluss weltweit so breit gestreut ist, traut sich kaum noch eine große Aktiengesellschaft bei wichtigen Entscheidungen gegen den ausdrücklichen Wunsch eines Larry Fink zu handeln. Vorgeführt hat er das beispielsweise mehrfach bei der Frage, wer Chef der deutschen Bank werden darf und wer nicht.

Wie vorhin bei den Banken beschrieben so trifft das auch erst recht auf solche Arten von Fondsgesellschaften wie Blackrock zu: Sie haben einen riesigen Einfluss auf die Entwicklung von großen Firmen dieser Welt, und das mit Kapital, das ihnen gar nicht gehört. Nie war der Spruch „Geld regiert die Welt“ realer, als mit dem Handeln solcher Gesellschaften.

Natürlich besitzen solche Fondsgesellschaften auch Kapital, das ihnen gehört. Damit werden dann oft riskante Spekulationen an den Börsen durchgeführt. Aber sie übernehmen in Vielem auch die Rolle der Banken, etwa wenn es um die Vergabe von Krediten geht. Wurden den Banken in den USA mittlerweile durchaus strengere Regularien auferlegt, so trifft das auf solche Gesellschaften überhaupt nicht zu. Es dürfte auch schwer zu ermitteln sein, ob nicht auch Geld von den ETF-Sparern zumindest teilweise in spekulative Projekte fließt.

Zur Spekulation an den Aktienbörsen besitzt Blackrock auch ein eigenes Datenanalysesystem (Aladdin). Dieses wird nicht nur von Blackrock selbst genutzt, auch viele andere Großaktionäre arbeiten mit diesem System. Die Gefahr für die Weltwirtschaft bei solchen Computeranalysen ist klar. Wenn etwa Aladdin meldet, dass man aus dem oder jenen Markt aussteigen soll, dann werden das so viele tun, dass die Kurse so eines Marktes ins bodenlose fallen können. Fink selbst verweist darauf, dass Aladdin nur Empfehlungen ausspreche, entscheiden müsste immer noch der Investor selbst. Solche Empfehlungen sind natürlich für viele Großanleger dann Gesetz, insbesondere wenn die Angst vor einem Crash umgeht. Allerdings gibt es mittlerweile eine Reihe von viel genutzten Analysesystemen, die voll automatisiert für den Investor oft viele Male am Tag Käufe und Verkäufe

ausführen.

Jakobs verweist in seinem Buch auch noch auf eine andere Gefahr: Das Verhältnis zwischen Weltfinanzvermögen und Weltproduktion wird immer kritischer. 2015 betrug etwa das Brutto-Inlands-Produkt (ein Maß für alle in einer Gesellschaft produzierten Waren und Dienstleistungen) der gesamten Welt ca. 73 Billionen US\$. Dem gegenüber stand ein Weltfinanzvermögen von 267 Billionen US\$. Das heißt vereinfacht gesagt: Ein großer Teil dieses Weltfinanzvermögens hat überhaupt keinen realen Gegenwert mehr, es ist rein spekulativ entstanden. Für dieses riesige Finanzkapital wird es entsprechend auch immer schwieriger, gewinnbringende Kapitalanlagen zu finden. Hier treibt dann die Gier nach immer neuen Profiten große Teile dieses Finanzkapitals dazu, das Kapital in immer riskantere Geschäfte anzulegen. Bis dann die so entstehende Blase platzen wird. Das ist übrigens laut Aussagen vieler Experten sehr wahrscheinlich, nur der genaue Zeitpunkt lässt sich nicht vorhersagen.

Neben diesem Blackrock-Kapitalismus gibt es laut Jakobs aber noch ein paar andere Märkte, die großen Einfluss auf die Entwicklung der Weltwirtschaft haben. An vorderster Stelle ist hier die US-IT-Branche im Silicon Valley zu nennen neben der auch am internationalen Finanzmarkt aufstrebenden Supermacht China.

Das Silicon Valley

Zu den erfolgreichsten IT-Firmen schreib Jakobs (S. 647):

Wir alle leben mit diesen neuen Weltmächten. Alphabet hat mit Google die Internetsuche in vielen Ländern monopolisiert, in den USA liegt der Marktanteil bei 70 Prozent, in Deutschland bei 95 Prozent. Der Konzern besitzt den dominierenden Browser Chrome, die führende Handy-Software Android sowie You-Tube, die Nummer eins der Video-Plattformen. Facebook gelang es, das größte soziale Netzwerk der Welt aufzuziehen, gestärkt durch Zukäufe wie Instagram und WhatsApp, immer mehr Kunden heizen somit das eigene Vermarktungsgeschäft an. Apple hat mit iPhones und iPads eine Infrastruktur der neuen Daten- und Informationswelt geschaffen, das Serviceunternehmen Amazon organisiert einen Weltvertrieb von Waren. Nimmt man noch den Microsoft-Konzern mit Skype und LinkedIn hinzu, ergibt sich ein Bild fast vollkommener Stärke.

Die Erfolge dieser IT-Supermächte treiben auch Besitzer von großem Kapital in Scharen ins Silicon-Valley. Hier werden oft genug große Geldvermögen an junge Start-Up-Unternehmen vergeben in der Hoffnung, dass daraus das nächste große Ding wird. Meistens wird daraus nichts, aber Kapital ist eben gierig. Niemand kann auch vorhersagen, wie lange diese Boom im Silicon-Valley noch anhalten wird. Schon jetzt ist z.B. der Konzern Amazon an der Börse total überbewertet. Ein klassischer Maßstab für den Wert einer Aktie an den Börsen ist das sogenannte KGV (Kurs-Gewinn-Verhältnis). Anders ausgedrückt: Wie viele Jahre müsste ein Konzern den aktuellen Gewinn wiederholen, bis der gesamte aktuelle Kurs der Aktie wieder eingespielt ist. Als solide gilt hierbei ein KGV bis um die 15. Nach Jakobs (Seite 650) hatte Amazon 2015 ein KTV von 538. Dagegen sind die KGVs von Alphabet und Microsoft von 35 bzw. 28 noch fast moderat (wenn auch schon zu hoch bewertet).

China

China hat mit einer Bevölkerung von fast 1,4 Milliarden Menschen den größten Binnenmarkt der Welt. Die Zeiten, in denen China als Entwicklungsland galt sind lange vorbei. Immer mehr streitet China mit den USA und Europa darum, wer in den Weltmärkten die Vorherrschaft hat.

Zu dem Kurs, den China dabei verfolgt, schreibt Jakobs (S. 655).

Die Volksrepublik China verfolgt das Modell einer gemilderten Zentralwirtschaft oder, anders gewendet, einer gelenkten Marktwirtschaft. Die Kommunistische Partei und ihre Regierung nutzen die Mechanismen der Märkte durchaus geschickt und aggressiv, um das selbst auferlegte Wachstum von 6,5 Prozent zu erreichen. Es entsteht so ein weltweiter Systemstreit, ein Wettbewerb zwischen dem westlichen Finanzkapitalismus und dem chinesischen Geld-Kommunismus.

China hat hier gegenüber dem Kapitalismus der westlichen Demokratien wie den USA oder Europa einen Vorteil. Es kann langfristig planen, um seine Ziele zu erreichen, es sind keine plötzlichen Kurswechsel durch unerwartete Wahlentscheidungen zu erwarten. Des weiteren möchte China mit aller Macht auch im Wettbewerb um neue Technologien weltweit eine größere Rolle spielen. Hierbei wird seit Jahren versucht, solche Kenntnisse auch dadurch zu erwerben, dass erfolversprechende Firmen etwa in Europa aufgekauft werden. Wenn die Kommunistische Partei solche Aufkaufpläne von chinesischen Staats- oder Privatfirmen unterstützt, können diese bei Bieterkonferenzen sehr oft durch Angebote punkten, die in dieser Höhe kein anderer Bieter schlagen kann. Die Folge: Immer mehr Firmen weltweit haben chinesische Eigentümer.

Die Kehrseite der Medaille: Auch in dem von einer kommunistischen Partei regierten China werden die sozialen Gegensätze immer größer. In einer von Jacobs in seinem Buch veröffentlichten Weltkarte der Milliardäre (S. 604-605) liegt China mittlerweile mit 251 Milliardären weltweit an zweiter Stelle hinter den USA (540). Auch wenn hierzu verlässliche Zahlen schwer zu ermitteln sind, da unabhängige Untersuchungen nicht möglich sind, kann dennoch davon ausgegangen werden, dass China auch in den Punkten ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung mittlerweile zu westlichen Ländern zumindest aufgeschlossen hat. So schreibt z.B. Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Armut_in_der_Volksrepublik_China#Einkommensverteilung_2012) zur Einkommensverteilung in China im Jahre 2012:

Laut einer Studie der Peking-Universität verdienen die reichsten 5 Prozent der chinesischen Bevölkerung im Jahr 2012 das 34-fache der ärmsten 5 Prozent.[38] Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verdienen somit 18-mal mehr als die ärmsten 10 Prozent; in Deutschland beträgt das gleiche Verhältnis zum Vergleich 6,9.

Die phänomenalen Wachstumsraten in China innerhalb der letzten 10 - 20 Jahre haben auch ihren Preis. Bekannt sind die Fernsehbilder von Menschen in chinesischen Metropolen, die sich oftmals nur noch mit Atemschutzmasken auf die Straße trauen. Allerdings hat die chinesische Führung mittlerweile erkannt, dass es sich hierbei um ein großes Problem handelt. Inwieweit diese Probleme dann tatsächlich auch nachhaltig gelöst werden, das wird sich noch zeigen. Genauso wird sich auch zeigen, inwieweit die jüngsten Planungen zur Milderung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilungen auch umgesetzt werden.

Viele Kommentatoren aus Europa sehen diese Entwicklungen sowohl im Silicon Valley als auch in China mit Sorge. Allerdings hauptsächlich aus der Fragestellung heraus, wie es Europa auf Dauer gelingen kann, gegen die Übermacht der USA im IT-Bereich oder gegen den immer stärkeren

globalen Einfluss aus China zu bestehen. Auch Jacobs, dessen Analysen ich in vielen Bereichen brillant finde, scheint es im letzten Teil seines Buches mit dem Titel „Wie wir die Welt zurückgewinnen können“ eigentlich nur um diese Frage zu gehen: Was müsste Europa tun, um in diesem internationalen Wettbewerb zu bestehen. Klar ist, Europa ist hier auch dank der desolaten Politik der EU ziemlich ins Hintertreffen geraten. Aber globale Fragen, etwa wie kann eine gerechte Welt für alle ohne Krieg und Umweltzerstörung geschaffen werden kann, wird gar nicht gestellt.

Was wir heute in der Welt erleben, ist im Prinzip nichts Neues. Schon immer gab es große Weltmächte, die versuchten, die ganze Welt zu beherrschen und ihre Lebensphilosophie allen anderen aufzuzwingen. Lange Zeit etwa schien ein Römisches Reich unbesiegbar zu sein, es beherrschte fast die gesamte damals bekannte Welt. Heute kämpfen andere Mächte um diese Vorherrschaft (neben den schon genannten USA, China und Europa wären da z.B. noch das von Putin dominierte Oligarchentum in Russland oder die arabischen Ölmächte zu nennen).

Was die Lage heute so bedrohlich macht, sind im Wesentlichen zwei Dinge:

- Das eine sind die Gefahren von immer neuen Kriegen bis hin zu einem Dritten Weltkrieg. Der Kampf um die Vorherrschaft in der Welt wird nämlich auch heute nicht, wie viele das behaupten, hauptsächlich mit wirtschaftlichen Mitteln geführt. Alle beteiligten Akteure sind dazu bereit, diesen Kampf auch mit kriegerischen Mitteln zu führen, wobei der Kampf gegen den Terrorismus nur vorgeschoben ist. Gerade in Zeiten, wo die Akteure um die Ausweitung ihres jeweiligen Einflussgebietes kämpfen, ist die Gefahr einer Eskalation solcher Konflikte bis hin zum Einsatz von Atomwaffen permanent gegeben. Diese Gefahr wird natürlich durch die bekannten Pläne innerhalb der NATO zu neuen, gigantischen Rüstungsausgaben, nur verstärkt.
- Gerade die Ausweitung der industriellen Produktion in den sogenannten Schwellenländern spätestens seit Beginn dieses Jahrhunderts (z.B. China, Indien und Brasilien) hat deutlich gemacht: Es gibt eine Grenze für den Ausstoß von allen möglichen Schadstoffen in die Biosphäre oder von Treibhausgasen in die Atmosphäre, die dieser Planet verträgt. Jedenfalls dann, wenn man noch Bedingungen haben möchte, in denen Menschen überhaupt noch vernünftig leben können. Bekannt ist schon jetzt, dass immer mehr Arten von Leben auf diesem Planeten durch diese Produktionsweise endgültig zerstört wurden und werden.

Kurz zusammengefasst geht es heute mehr als jemals zuvor um die Frage, ob die Menschheit überhaupt noch eine Zukunft hat. Natürlich auch um die moralische Frage, ob wir als Menschen das Recht dazu haben, so viele Arten von Leben auf diesem Planeten einfach auszurotten.

Welche Forderungen könnte man für die genannten Fragestellungen aufstellen?

Ich will hier nur die Richtungen aufzeigen, in die solche Forderungen gehen sollten. Im letzten Teil dieses Buches werde ich mich ausführlicher mit der Frage auseinandersetzen, wie es tatsächlich gelingen könnte, auf die Entwicklungen in der Welt Einfluss zu nehmen. An dieser Stelle also nur ein paar einfache Forderungen zum Thema dieses Kapitels.

1. Kontrolle und Regulierung des Groß- und Finanzkapitals

Kennzeichnend für das Zeitalter des Neoliberalismus war und ist es, dass die Unternehmen immer mehr nahezu alles durften. Gerade in einer Zeit, in der Unternehmen immer mehr auch weltweit operieren, in der die Unternehmensgröße teilweise Dimensionen angenommen hat, die die Macht von einzelnen Staaten bei weitem überschreiten, ist es da nicht auch naheliegend, dass es für dieses weltweite Agieren auch Regeln und Vorschriften geben muss, die einzuhalten sind? Diese Regeln sollten folgende Bereiche umfassen:

- Was darf produziert werden? Alle hergestellten Produkte oder bereitgestellten Dienstleistungen müssen den Menschen nutzen und dürfen ihnen und den anderen Lebensformen auf diesem Planeten nicht schaden. Als Stichworte seien hier nur einige genannt: Fracking, Treibhausgase, Pestizide und natürlich Rüstungsgüter.
- Wie darf produziert werden? Hierbei geht es hauptsächlich um menschenwürdige Arbeitsbedingungen mit der Textilindustrie als Negativbeispiel. Hierbei geht es auch um zulässige tägliche Arbeitszeiten und vieles mehr.
- Was ist ein menschenwürdiger Mindestlohn? Wenn Menschen einen Tag lang (und oft bis in die Nacht hinein) arbeiten müssen und davon noch nicht einmal vernünftig leben können, dann ist dies sicherlich eines: Menschenunwürdig. Deshalb sind globale verbindliche Mindestlöhne einzuführen, die sich nach und nach auch einander annähern müssen. Billiglohnländer darf es in näherer Zukunft nicht mehr geben.

Ein anderes großes Gebiet von notwendigen Regulierungen betrifft den gesamten Kapitalmarkt. An den Börsen der Welt dürfen mittlerweile alle möglichen Papiere gehandelt werden. Hierbei muss zumindest ausgeschlossen werden, dass mit solchen Spekulationen die Preise von Nahrungsmitteln (etwa Weizen) dermaßen in die Höhe schießen können, dass Millionen von Menschen vom Hungertod bedroht sind. Aber auch insgesamt muss die Frage beantwortet werden: Welche Art von Papieren darf gehandelt werden und welche nicht. Wie sind in diesem Zusammenhang die sogenannten Kryptowährungen (z.B. Bitcoin) zu bewerten?

2. Die Steuerpolitik

Immer wieder ist in den Medien von sogenannten Steueroasen die Rede. Kleine Länder oder Inseln, in denen man so gut wie keine Steuern bezahlen muss. Viele Reiche und Superreiche aber auch große Konzerne gründen dort kleine Briefkastenfirmen, über die sie dann zumindest einen Teil ihrer Einnahmen versteuern lassen. Dabei handelt es sich nicht etwa um einzelne Ausnahmen, für viele Reiche und Superreiche ist Steueroasen quasi zum Volkssport geworden.

Allerdings ist dies nur die Spitze des Eisberges. So leistet sich die EU mitten in Europa ein Steuerparadies für Unternehmen, wie Kevin P. Hoffmann im Tagesspiegel berichtete, nachdem Irland für 2015 ein sagenhaftes Wirtschaftswachstum von 26,3 % vermeldet hatte:

Die 26,3 Prozent – wirklich keine Luftnummer? Immer mehr ausländische Firmen verlagern wegen der niedrigen Unternehmenssteuer von 12,5 Prozent ihren Sitz nach Irland. Ihr Kapital fließt somit in die Berechnung des BIP ein. Mit der Realwirtschaft hat das freilich wenig zu tun, wie die „Financial Times“ in einem Bericht ätzte. Dublins Statistiker räumen ein, dass sich die Beschäftigungssituation wegen dieser Zahl „nicht groß verändert“ hat. Und wie ein Beleg für ihre geistige Gesundheit präsentierten sie für das erste Quartal 2016 eine irdische Zahl: Zum Vorquartal sei Irlands Wirtschaft um 2,1 Prozent geschrumpft. In der irischen

Presse sorgten die phantastischen Zahlen für Kopfschütteln: „Sie haben Irlands internationalen Ruf beschädigt, da Investoren und Analysten zu Recht zu dem Schluss kommen, dass dieses Wachstum von 26 Prozent eine Fiktion ist“, schrieb der Kommentator der „Irish Times“.

Solche Beispiele zeigen: Unternehmen wollen so wenig wie möglich Steuern bezahlen. Wenn sich ihnen die Möglichkeit bietet, dann greifen sie zu. Aber auch die „normalen“ Industriestaaten haben ihre Steuerforderungen an Reiche und Superreiche sowie Großunternehmen tendenziell immer weiter zurückgefahren. Auch dahinter steckten oft mächtige Unternehmensgruppen, die die einzelnen Staaten massiv unter Druck setzten. Wie? Letztlich durch plumpe Erpressung: Wenn Ihr uns in der Steuerpolitik nicht ein wenig entgegenkommt, dann werden wir Zweigstellen in Eurem Lande schließen. Verkauft die steigenden Arbeitslosenzahlen dann mal Euren Wählern.

So oder so ähnlich wird es auch gewesen sein, als der neu gewählte französische Präsident François Hollande 2013 mit seinem Wahlversprechen ernst machte und eine Reichensteuer von 75 % für die Reichen mit einem jährlichen Einkommen oberhalb von 1 Million Euro einführte. Der der auch international organisierte Entrüstungsturm war riesig. Diese Steuer war von Anfang an übrigens nur für zwei Jahre angesetzt, was viele vielleicht gar nicht wissen. Wie Christian Schubert in der FAZ berichten konnte, brachte sie noch nicht einmal große Einnahmen:

Gemessen an dem Aufruhr, den die Steuer erzeugte, erbrachte sie nur kümmerliche Einnahmen: nach Regierungsschätzungen rund 420 Millionen Euro, verteilt über 2 Jahre. Nur rund 470 Unternehmen haben die Steuer nach Regierungsangaben für etwa 1000 Führungskräfte bezahlt. Der Steuersatz betrug dabei in Wahrheit lediglich 50 Prozent, weil die Arbeitgeber Sozialabgaben von 25 Prozent geltend machen konnten. Große Unternehmen fanden zum Teil Wege, um die Steuer zu umgehen, etwa durch die Meldung von Managern im Ausland.

Dies Beispiel zeigt zweierlei: Reiche und Unternehmen finden auch bei für sie ungünstigen Bedingungen immer Möglichkeiten, um sich um gesetzlich verordnete Steuerzahlungen herum zu drücken. Kommt es zu Entscheidungen, die ihren Interessen zuwiderlaufen, können sie auch einen französischen Präsidenten ganz schnell in die Knie zwingen. Nachdem wohl organisierten Aufstand in den Medien aufgrund dieser Reichensteuer konnte Hollande politisch nicht mehr auf die Beine kommen. Wäre diese Reichensteuer nicht nur für zwei Jahre, sondern auf Dauer angelegt gewesen, hätte ihm wohl eine größere Kapitalflucht mit wirtschaftlichem Niedergang gedroht.

Dies ist aber auch wieder nur die Spitze des Eisberges. In den 20 bis 30 Jahren des Neoliberalismus haben das internationale Großkapital Hand in Hand mit großen Konzernen eines geschafft: Die Steuern für große Einkommen, große Vermögen oder auch Unternehmensgewinne wurden in den reichen Industrienationen quasi in einem Wettbewerb immer weiter abgesenkt. Immer mit der leisen Drohung im Hintergrund: Wenn ihr nicht für gute Wettbewerbsbedingungen in Eurem Lande für uns sorgt, wandern wir mit unserem Kapital eben woanders hin. Die dann steigenden Arbeitslosenzahlen müsst Ihr dann Euren WählerInnen erklären. Viele SpitzenpolitikerInnen machten bei dem Spiel auch gerne mit. So konnten sie immer darauf hoffen, auch nach einem plötzlichen Ende ihrer politischen Karriere würden diese „Gönner“ schon einen gut bezahlten Job in der Wirtschaft für die dann erfolglosen Ex-PolitikerInnen finden.

In diesem Zusammenhang ist die große Empörung vieler EU-Politiker über die neuen Steuergesetze in den USA von Trump ziemlich scheinheilig. In einer TV-Sendung habe ich jüngst gesehen (leider weiß ich die Quelle nicht mehr), dass der durchschnittliche Spitzensteuersatz in der EU (unter Einschluss der Steueroasen wie Irland) bei ca. 22 % liegt. Ganz in der Logik des Wettbewerbs im

Neoliberalismus hat Trump jetzt den Spitzensteuersatz auf 21 % gesenkt. Er hat der EU also quasi nur ihren Wettbewerbsvorteil genommen.

Die Folgen der global immer weiter sinkenden Spitzensteuersätze sind bekannt. Bei sinkenden Steuereinnahmen kommt es zu einer wachsenden Staatsverschuldung. Einsparungen in öffentlicher Infrastruktur, bei öffentlichen Krankenhäusern, in der Bildung, im sozialen Bereich. Eine Spirale, die noch längst nicht am Ende erscheint.

Dabei waren die Spitzensteuern auch in den USA nicht immer so niedrig wie heute. So schrieb Mark Schieritz am 29.07.2010 unter der Überschrift „Der Obulus der Rockefellers“ in der Zeit Online:

Als während der Großen Depression nach dem Börsencrash von 1929 die Staatseinnahmen wegbrachen, hob der republikanische Präsident Herbert Hoover im Jahr 1932 die Steuern insgesamt an und setzte die Spitzenabgabe auf 63 Prozent. Im Zweiten Weltkrieg, unter Hoovers demokratischem Nachfolger Franklin D. Roosevelt, kletterte der Satz sogar auf 94 Prozent. Als der Krieg vorbei war, ließ sich Washington mit der Senkung der Steuern Zeit: Bis Ende der siebziger Jahre fiel der Spitzensatz nicht unter 70 Prozent. Der Vietnamkrieg brachte noch einmal eine Erhöhung um zehn Prozent.

Lange ist es her. Klar ist aber auch: Ein Gemeinwesen, und ein solches ist ein Staat nun mal auch, braucht Geld um öffentliche Aufgaben finanzieren zu können. Um zumindest kurzfristig Geld in die klammen Staatskassen zu spülen wird dann mitunter das Hohelied auf die Privatisierung gespielt. Post, Bahn und vieles mehr. Die BürgerInnen solcher Gemeinwesen haben davon in der Regel nur folgendes: Die Leistungen dieser ehemals staatlichen Betriebe werden schlechter, die Preise höher, dafür werden dann die MitarbeiterInnen mit allerlei Tricks immer schlechter bezahlt. Klar, so kann auch ein ehemals staatliches Unternehmen in privater Hand Gewinne erzielen. Aber zu wessen Lasten?

Klar ist in jedem Fall eines: Für viele Bereiche, die für ein vernünftiges soziales Leben elementar und wichtig sind, wird viel Geld benötigt. Beispiele: Gesundheitswesen, Bildung, Zug- und Bahnverkehr, Stromversorgung oder auch Infrastruktur. Das Allheilmittel derjenigen, die den neoliberalen Wirtschaftskurs beibehalten wollen, lautet hier immer wieder: Privatisierung. Dabei ist doch klar: Private Konzerne wollen in diesen Bereichen nur eines: Gute Profite machen. Das heißt auch immer: Alle Bereiche, die nicht profitabel sind, werden abgebaut (etwa öffentlicher Nahverkehr auf dem Land). Gleichzeitig wird immer wieder an der Preisschraube gedreht, was oft genug dazu führt, dass nur noch Reiche sich etwa eine gute Bildung für ihre Kinder leisten können.

Es besteht auch überhaupt kein vernünftiger Grund dafür, dass solche Bereiche nicht in öffentlicher Hand liegen sollten. Natürlich können solche Staatsunternehmen gut und schlecht geführt werden. Aber nur so ist es in diesen sensiblen Bereichen überhaupt möglich, dass für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel gute Leistungen angeboten werden. Möglich ist so etwas natürlich nur, wenn die gegenwärtige Tendenz in der Steuerpolitik umgedreht wird. Spitzensteuersätze müssen schrittweise erhöht werden, eine Extrabesteuerung für Großkapital (Vermögenssteuer) muss in sinnvoller Höhe wiedereingeführt werden. Nur eine Frage am Rande: Welch ein Mensch auf dieser Welt hat so überragende Arbeit geleistet, dass er zum Milliardär geworden ist? Nein, die Quelle des Reichtums dieser Milliardäre hat überhaupt nichts mit eigener Arbeit zu tun.

Es ist natürlich einfach, in so einem Buch mal eben ein paar Sätze zur Kontrolle und Regulierung des Kapitals oder zur Steuerpolitik zu formulieren, und das auch noch mit weltweiten Zielen. Etwas

ganz anderes ist es, wenn man sich das Ziel setzt, davon auch tatsächlich etwas durchsetzen zu können. Das kann nämlich nur gelingen, wenn immer mehr Menschen auf der Welt der Meinung sind: Ja, ein solches Umsteuern ist absolut richtig und notwendig.

Diese Auseinandersetzung wird letztlich in einem Kampf entschieden, der schon in vollem Gang ist: Dem Kampf um die Köpfe. Dieser findet in allen Medien (TV, Internet, Facebook, Zeitungen usw.) statt. Und genau in diese Auseinandersetzung müssen diejenigen Kräfte, die für eine gerechtere Welt eintreten, viel erfolgreicher als bisher eingreifen. Um die Frage, wie dies gelingen könnte, soll es dann in Teil III dieses Buches gehen.